

Fratzscher legt hier ein eigenwilliges, erhellendes, auch Widerspruch provozierendes, aber immer anregendes Buch über Deutschlands Wirtschaft und Wirtschaftspolitik vor. Er hält das Buch frei von formalen akademischen Usancen wie Fußnoten und Literaturverzeichnis. Das macht es gut lesbar. Gelegentlich führt es aber auch zu Unklarheiten darüber, wer denn nun die von ihm behaupteten, vermeintlichen Irrtümer begeht. Das ist aber letztendlich auch nicht so wichtig, und der Kenner weiß ohnehin, welcher Münchner Ökonom gemeint ist.

Deutschland unterliege, so die These des Buches, drei Illusionen: (1) Eine positive wirtschaftliche Zukunft sei gesichert. (2) Deutschland brauche Europa und den Euro nicht. (3) Europa sei nur auf Deutschlands Geld aus.

Ob „Deutschland“ diese Illusionen tatsächlich hegt, sei einmal dahin gestellt. Aber dass im Hinblick auf alle drei Bereiche kompetente Aufklärung willkommen ist, wird man nicht bestreiten können.

(1) Die jüngere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland werde, so der Autor, als sehr erfolgreich wahrgenommen. Deutschland erfreue sich eines wahren Beschäftigungswunders, sei Exportweltmeister und verfüge über eine im internationalen Vergleich beneidenswerte Lage seiner öffentlichen Haushalte. Dies sei nicht zuletzt einer ausgezeichneten Wirtschaftspolitik zu verdanken, die über die Hartz-Reformen, Lohnzurückhaltung und Haushaltsdisziplin diese Erfolge ermöglicht habe. Bei Beibehaltung dieser Politik seien die Weichen auch für eine positive Zukunft gestellt.

In den Wein dieser Erfolge gießt Fratzscher nun viel Wasser. Sein Haupteinwand betrifft den Mangel an Investitionen. Er weist zu Recht darauf hin, dass sowohl die privaten wie auch die öffentlichen Investitionen in Deutschland im weltweiten Vergleich und sogar im europäischen Vergleich seit Jahren beklagenswert niedrig liegen. Nach seinen Berechnungen beläuft sich die seit 2000 aufgelaufene Investitionslücke auf ca. 80 Mrd. € oder 3% am BIP. An den Zahlen gibt es wenig zu deuteln. Die Unternehmen investieren zwar, aber nicht im Inland. Bund, Länder und Kommunen investieren nicht, jedenfalls nicht ausreichend. Man braucht keine Statistik zum Beleg seiner These. Es genügt ein Blick auf unsere Straßen, die Bahn, die Brücken, das Aussehen der öffentlichen Schulen und Hochschulen. Der Investitionsmangel von heute ist aber der Produktions-, Beschäftigungs- und Wohlstandsmangel von morgen. Insofern ist Fratzscher voll und ganz zuzustimmen, wenn er schlussfolgert, dass Deutschland über seine Verhältnisse lebt: Es verzehrt den Kapitalstock, der die Quelle seines Wohlstands ist.

Fratzscher diagnostiziert drei Bereiche mit hohem Investitionsbedarf: Verkehr, Bildung und Energiewende. Auf diesen Feldern müsse die Wirtschaftspolitik initiativ werden, und er gibt eine ganze Reihe von konkreten Hinweisen, was zu tun sei. All dem kann man nur zustimmen.

(2) Braucht Deutschland Europa und den Euro? Fratzschers Antwort auf beide Fragen ist ein uneingeschränktes Ja. Wenngleich man zum zweiten Teil der Frage, insbesondere mit Blick darauf, was der im Maastricht-Vertrag beschlosse-



ne Euro noch mit dem heute praktizierten Euro zu tun hat, sicherlich auch eine etwas skeptischere Sichtweise vertreten könnte, wird man dem Kern seiner Argumente für den Euro zustimmen können.

(3) Will Europa nur an Deutschlands Geld? So entschieden Fratzscher Frage (2) bejaht, so entschieden verneint er Frage (3). Eine unvoreingenommene Betrachtung der direkten und indirekten Maßnahmen zur Rettung des Euro ab 2010 macht es allerdings schwer, ihm uneingeschränkt zu folgen. Den Mitgliedsländern des Euro war bei seiner Einführung versprochen worden, dass kein Land für die Schulden eines anderen haftet. Das gilt heute nicht mehr. Die EZB ist als eine Institution geschaffen worden, die Geldpolitik, nicht aber Umverteilungspolitik zwischen den Mitgliedsländern betreibt. Auch das gilt heute nicht mehr. Der Versuch, für die Bankenunion Zugriff auf die Einlagensicherung der deutschen Sparkassen und Raiffeisenbanken zu erhalten, ist noch gut in Erinnerung und die Forderungen nach Vergemeinschaftung der Schulden ist auch nicht gerade ein Beleg für die Abwegigkeit des „Ja“. Stark ist Fratzscher, wenn er die Politik der EZB erklärt. Man findet nicht viele Stellungnahmen, die ihre Politik so kompetent für deutsche Leser interpretieren – und rechtfertigen. Natürlich atmet nach seiner zehnjährigen Tätigkeit in der EZB die Würdigung der EZB-Politik den Spirit des Hauses. Aber Fratzschers wissenschaftliche Kompetenz ist groß genug, die Geldpolitik der EZB und ihre Eurorettung nicht durch die EZB-Brille sondern als Ergebnis eigener wissenschaftlicher und politischer Erkenntnis zu rechtfertigen.

Der Autor unternimmt den – originellen – Versuch, Deutschland als einen Gewinner der EZB-Politik darzustellen. Insgesamt gesehen gelingt ihm das zwar nicht, aber er trägt bedenkenswerte Argumente vor. Insbesondere wirkt seine Frage nach, ob, wenn nicht die EZB die Rettung des Euro übernommen hätte, der politische Wille, den Euro unbedingt zu erhalten, zur Folge gehabt hätte, dass Eurobonds hätten eingeführt werden müssen und eingeführt worden wären, um die Panik der Investoren 2012 zu stoppen. Da hat er wohl recht.

Im vierten, abschließenden Kapitel des Buches entwickelt Fratzscher eine Perspektive für den Fortgang der europäischen Integration und die Rolle, die Deutschland dabei spielen sollte. Nur durch eine Vertiefung der Integration, einen Integrationsprung, sieht er den Euroraum als dauerhaft überlebensfähig an. Elemente dieser Vertiefung müssten seines Erachtens sein: Eine zumindest teilweise Vergemeinschaftung von Altschulden, eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung, ein Schuldschnitt für Griechenland, eine europäische Wirtschaftsregierung mit Durchgriffsrecht auf die nationalen Haushalte und mit Sanktionsrechten bei fiskalischem Fehlverhalten, ein europäisches Budget mit eigener Steuererhebungshoheit und

eigener Verwendungskompetenz über die Steuermittel. All diese Reformen bedürften der demokratischen Fundierung durch einen insoweit über den Maastricht-Vertrag weit hinausgehenden neuen Europa-Vertrag. Die No-Bail-Out Klausel sollte wieder Geltung erlangen, der Herrschaft des Rechts wieder Folge geleistet werden. Deutschland sollte in der Umsetzung dieser Reformen die treibende Kraft sein.

Zu befürchten ist aber wohl eher eine Vertiefung, bei der Schulden und Versicherungen vergemeinschaftet werden und fiskalisches Fehlverhalten weiterhin nicht sanktioniert wird. (khs)

**Thilo Bode: Die Freihandelslüge. Warum TTIP nur den Konzernen nützt – und uns allen schadet. Deutsche Verlags-Anstalt 2015, 270 Seiten, geb. m. SU, ISBN 978-3-421-04679-6. € 14,99**

Thilo Bode, 68, Soziologe und Volkswirt, Dr. rer. pol., war zunächst Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland, sodann von Greenpeace International. Anschließend gründete er die Verbraucherorganisation Foodwatch, die er bis heute leitet. Die vorliegende Streitschrift handelt von TTIP, der „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, dem geplanten Abkommen zwischen der EU und den USA über Handel und Direktinvestitionen.

Dass gerade die EU-Länder und die USA ein solches bilaterales Abkommen anstreben, ist keine Überraschung: Zum ersten stocken die multilateralen Handelsliberalisierungen der WTO seit geraumer Zeit, zum zweiten gewinnt der Investitionsschutz mit dem schon seit vielen Jahren überproportional hohen Wachstum der Direktinvestitionen gegenüber den Exporten zunehmende Bedeutung, und zum dritten verfügen die EU-Länder und die USA über die beiden größten Binnenmärkte der Welt, sodass wechselseitige Liberalisierungen quantitative wohlfahrtssteigernde Effekte erwarten lassen.

Letzteres sehen freilich nicht alle so. Einer der vehementesten Kritiker von TTIP ist Bode. Nach dem Titel seines Buches schadet TTIP „uns allen“. „Uns allen“ wohl nicht ganz, denn den Konzernen nützt es seiner Meinung nach ja. In den deutschen Großunternehmen – „Konzerne“ klingt freilich, Antipathie schürend, „besser“ – gibt es ca. 10 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, in den KMU etwa 15 Mio. Diesen 10 Mio. von „uns allen“ nützt TTIP bei Löhnen, Arbeitsplatzsicherheit und Aufstiegschancen wohl ebenfalls, wenn es ihrem Arbeitgeber besser geht. Ferner zahlen, entgegen manch landläufiger Meinung, Konzerne auch Steuern. Wenn sie, weil ihnen TTIP ja nützt, mehr Steuern zahlen als ohne TTIP, brauchen „wir alle“ weniger zu zahlen. Ob „uns“ das schadet?

**D**as Buch artikuliert vehement die Bedenken von Marktskeptikern, Umweltschützern, Verbrauchergruppen und Arbeitnehmervertretern gegen TTIP. Darin liegt sein Verdienst. Die Vorteile des Abkommens werden nicht oder nicht gebührend wahrgenommen.

Schließlich „Die Freihandelslüge“. Da ist die „Lügenpresse“ semantisch nicht mehr weit. Muss man sich wirklich wie ein Marktschreier gerieren, um Leser zu finden? Zum Glück ist das Buch besser als sein Titel suggeriert.

Worum geht es dem Autor? Seine Kernthese lautet: Mit TTIP unterwirft sich die Politik den Interessen der Wirtschaft, genauer dem Interesse der Großunternehmen, der globalen Konzerne.

Sie erhielten zum einen, so seine These, für ihre im „Partnerland“ getätigten Investitionen eine Ertragsgarantie. Damit werde es der Politik, also den Bürgern unmöglich gemacht, neue rechtliche – steuerrechtliche, aufsichtsrechtliche, genehmigungsrechtliche – Gesetze zu erlassen, die diesen Garantien entgegenstehen. Unter Umständen seien hohe Entschädigungszahlungen für die erlittenen Ertragseinbußen der Auslandsinvestoren von den Steuerzahlern aufzubringen. Für die Lösung von Streitfällen zwischen nationalen Regierungen und den Investoren seien private Schiedsgerichte vorgesehen, deren Beschlüsse für die nationalen Parlamente bindend seien. Das alles laufe auf eine Entmachtung des Volkes hinaus und gefährde die Demokratie.

Sie erhielten zum anderen für ihre Exporte Marktzugang in für die Importländer sensiblen Bereichen, in denen die vorhandenen Marktbeschränkungen ein kein zu beseitigendes sondern ein erwünschtes Handelshemmnis seien, um soziale und andere „Errungenschaften“ des Landes sichern zu können. Wenn es einen solchen politischen, gemeinwohlorientierten Willen gebe, dürfe der nicht durch einen Marktöffnungszwang gebrochen werden. Genau das aber bewirke TTIP.

Er präsentiert zahlreiche Beispiele für seine Befürchtungen, so z.B. aus der Verbraucherpolitik, wo in Europa das Vorsorge-, in USA das Nachsorgeprinzip gilt, aus dem Lebensmittelbereich, in dem genveränderte Nahrungsmittel auf den europäischen Markt zu kommen drohen, aus der Landwirtschaft, in der Großbetriebe und Massentierhaltung von TTIP begünstigt werden, sowie aus der Arbeitsmarktpolitik, in der eine Erodierung der europäischen Standards bei Löhnen und Arbeitnehmerrechten zu befürchten ist.

Aus all dem zieht er den Schluss, TTIP zu stoppen, solange das noch möglich ist. Dazu will er mit diesem Buch aufrufen.

Das Buch, wie die gesamte Anti-TTIP-Bewegung, hätte nicht diese Breitenwirkung erzielt, wenn nicht auch unvoreingenommene Beobachter und liberale Ökonomen dem Furor des Autors gelegentlich Verständnis entgegenbringen würden. So erinnert die von Bode beschriebene defensive, beschwichtigende, intransparente, beschönigende Informationspolitik der EU-Kommission zu TTIP nur allzu sehr an ihr Verhalten in der Eurokrise. Die EU-Agrarpolitik ist den Ökonomen seit mehr als 50 Jahren ein Ärgernis und TTIP wird daran nichts ändern. Und auch die geballte Macht großer, weltweit tätiger Unternehmen ist schon von den Ordoliberalen wettbewerbspolitisch zu bekämpfen versucht worden.

Und doch: So geht es nicht. Bode schüttet das Kind mit dem Bade aus. Ein Teil seiner Argumente gegen TTIP ist unzutreffend, Argumente pro TTIP bleiben außer Acht oder werden herabgemindert.

Um mit letzterem zu beginnen: Bode erweckt den Eindruck, den empirischen Studien, die Wohlfahrtseffekte von TTIP erwarten lassen, sei nicht zu trauen. Er verschweigt, dass die Studien der renommierten empirischen Handelsökonomien in den letzten 50 Jahren wieder und wieder die positiven Wohlfahrtswirkungen von Handelsliberalisierungen dokumentiert haben. Man muss schon mit Blindheit geschlagen sein, um nicht zu sehen, dass exportorientierte Volkswirtschaften wie z.B. Deutschland und China besser abschneiden als binnenorientierte Länder.

Das heißt nun freilich nicht, dass alle Beobachter die Ergebnisse dieser Studien unvoreingenommen und kenntnisreich interpretieren. Zum Beispiel wird in vielen Kommentaren, so auch bei Bode, darauf abgestellt, ob und wenn ja, in welchem Umfang, gemäß der Studie durch den Handel Arbeitsplätze geschaffen oder verloren werden. Tatsächlich ist das für die Wohlfahrtswirkung von Handel eine völlig unerhebliche Frage. Handel ist nicht deshalb wohlfahrtserhöhend, weil er Arbeit schafft, sondern weil er die Arbeit produktiver macht. Arbeit zu schaffen ist keine Kunst. Das leistet ein Erdbeben auch.

Die Vorstellung, dass alle bestehenden nichttarifären Handelshemmnisse und Marktabschottungen gemeinwohlorientiert und erhaltenswert sind ist naiv. Sie dienen mindestens ebenso dem Schutz heimischer Produzenten, privaten und öffentlichen, zulasten heimischer Verbraucher. Bode tut so, als ob mit TTIP das segensreiche staatliche Walten in Europa den globalen Konzernen und lascher amerikanischer Regulierungspraxis geopfert würde. Bankenregulierung, Bekämpfung von Korruption und Steuerhinterziehung und die Aufdeckung des Abgasschwindels sprechen eine andere Sprache.

Die Frage der Schiedsgerichte wird dramatisiert. Die im Buch geschürte Sorge, nationale Regierungen und ihre Steuerzahler seien den Urteilen der von den Investoren gesteuerten privaten Schiedsgerichten bedingungslos ausgeliefert, ist abwegig. Ausländische Investoren können vor nationalen Gerichten nicht immer und überall auf faire Behandlung rechnen. Internationale Schiedsgerichte sind daher prinzipiell willkommen. Über ihre Besetzung lässt sich diskutieren. Transparenz der Verfahren und Revisionsmöglichkeiten müssen gewährleistet sein. Warum sollte darüber kein Konsens in den Verhandlungen herstellbar sein?

Abschließend: Das Buch artikuliert vehement die Bedenken von Marktskeptikern, Umweltschützern, Verbrauchergruppen und Arbeitnehmervertretern gegen TTIP. Darin liegt sein Verdienst. Die Vorteile des Abkommens werden nicht oder nicht gebührend wahrgenommen. Deshalb sollte man seinen Empfehlungen nicht folgen. (khs) ■

---

*Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer (khs) wirkte von 1994 bis zu seiner Emeritierung im März 2010 als Professor für VWL an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er publiziert schwerpunktmäßig zu Themen des internationalen Handels, der Währungs- und Wechselkursstheorie sowie der Europäischen Integration. Er ist Koautor eines Standardlehrbuchs zur Theorie der Außenwirtschaft und war lange Jahre geschäftsführender Herausgeber des Jahrbuchs für Wirtschaftswissenschaften.* [karlhans.sauernheimer@uni-mainz.de](mailto:karlhans.sauernheimer@uni-mainz.de)